

Ein Ankerland für die deutsche Entwicklungspolitik

Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Heidemarie Wieczorek-Zeul spricht im *Tópicos*-Interview über die Rolle Brasiliens für die deutsche Entwicklungspolitik in Lateinamerika.

INTERVIEW: DAS INTERVIEW FÜHRTE DR. UWE KAESTNER



Wieczorek-Zeul traf sich mit Präsident Lula da Silva und Umweltministerin Marina Silva am 10. Juni 2003 in Brasília.

Tópicos: Sie haben als erstes Mitglied der Bundesregierung Brasilien unter Präsident Luiz Inácio Lula da Silva besucht. Wie waren Ihre persönlichen Eindrücke vom Entwicklungsstand des Landes und von Ihren Gesprächen mit Präsident Lula?

Wieczorek-Zeul: Mein Besuch im Juni 2003 stand unter dem Motto "Unterstützung der sozialen Reformen des Staatspräsidenten Lula". Sieht man die Statistik an, so ist Brasilien zwar mit einem Pro-Kopf-Einkommen von inzwischen 3.331 US-Dollar ein Schwellenland und potentiell reich. Aber etwa 40 Mio. Menschen leben unterhalb der Armutsgrenze. In kaum einem anderen südamerikanischen Land klafft die Schere zwischen Arm und Reich so weit auseinander. Bei meinem Besuch in dem von extremer Armut betroffenen Piauí konnte ich

mir hiervon persönlich ein Bild machen.

Präsident Lula – den ich schon von seinem früheren Deutschland-Besuch als Gewerkschafter kannte – erlebte ich als einen gestandenen Politiker, der seiner Überzeugung treu ist, dass Armut und Hunger bekämpft werden müssen. Man merkte zugleich, welche Bürde er durch die Entscheidungen, die ein so großes Land verlangt, auf seinen Schultern fühlt.

Welchen Stellenwert hat Brasilien heute in der deutschen Entwicklungspolitik gegenüber Lateinamerika? Welche Priorität genießt Lateinamerika insgesamt?

Brasilien ist für uns ein so genanntes Ankerland: aufgrund seiner Beiträge zur wirtschaftlichen und politischen

Stabilität in Lateinamerika sowie für den weltweiten Klima- und Ressourcenschutz und die Bewahrung des Friedens.

Lateinamerika insgesamt erhält seit vielen Jahren zwischen 10 und 13% der deutschen Mittel für die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit – wir liegen damit über dem internationalen Durchschnitt von 8%.

Aber es geht nicht nur um Masse, sondern auch Klasse: In Lateinamerika lassen sich für die Zusammenarbeit erhebliche Eigenressourcen mobilisieren, und die Verflechtung der Zivilgesellschaften – ich denke etwa an die kirchlichen Hilfswerke, die politischen Stiftungen, die Städtepartnerschaften -- ist nirgendwo so eng wie zwischen Europa und Lateinamerika.

Welche Ziele verfolgt und welche Schwerpunkte setzt die deutsche Entwicklungspolitik in Brasilien – regional und inhaltlich?

Wir konzentrieren uns auf die Schwerpunkte Umweltschutz und Management natürlicher Ressourcen sowie integrierte Regionalentwicklung in benachteiligten Regionen. Dabei stehen der Tropenwaldschutz, umweltschonende Energien und städtisch-industrieller Umweltschutz im Mittelpunkt. Für den Erhalt der für das Weltklima so bedeutenden Regenwälder haben wir im Rahmen des Internationalen Pilotprogramms (PPG7) seit 1992 fast 300 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.

Aber noch werden weiterhin Regenwälder abgeholzt und weite Flächen für die Exportlandwirtschaft erschlossen....

Bei meinem Besuch 2003 – und auch in den letzten Tagen wieder – habe ich Gespräche mit Umweltministerin Marina Silva geführt, die überzeugend und mit großem Einsatz für den Erhalt

des Regenwaldes eintritt: Insbesondere durch das Programm "Nachhaltiges Amazonien". Es geht um Ausgleich zwischen dem Interesse der Menschen an wirtschaftlicher Entwicklung und Belangen des Umweltschutzes. Erste Erfolge dieser Politik zeichnen sich ab.

Präsident Lula verbindet eine kämpferische Sprache – Beseitigung von Hunger und Armut – mit einer eher klassischen, wachstumsorientierten, erfolgreichen Wirtschaftspolitik. Kann das für andere Länder Lateinamerikas ein Beispiel sein?

Aufgrund seiner Exporterfolge und seiner Rolle in der Welthandelspolitik, als Sprecher der Gruppe der Zwanzig (G-20) – wofür Außenminister Celso Amorim Anerkennung gebührt – hat Brasilien eine bessere Ausgangsposition als kleinere Staaten. Gleichwohl verbindet auch die chilenische Präsidentin Bachelet – ich war bei ihrer Amtseinführung in Santiago – marktwirtschaftliche Politik mit verstärktem Kampf gegen die Ungleichheit.

Und Bolivien? Sie waren ja kürzlich auch in La Paz: Wird dort nicht ein anti-imperialistischer Diskurs mit alten Rezepten der Verstaatlichung verbunden?

Die alten Rezepte waren mit Korruption verbunden. Demgegenüber muss man Präsident Evo Morales eins lassen: Er hat sein Gehalt und das der Regierungsmitglieder drastisch gekürzt und dafür in Gesundheit und Bildung mehr investiert und dort die Gehälter erhöht. Und nun will er

durch Erdgaselöse die Armut im Lande stärker bekämpfen. Die Vorgängerregierungen hatten mit den Unternehmen Verträge mit Preisen unter Weltmarktniveau abgeschlossen, so dass selbst ich im Haushaltsausschuss des Bundestags gefragt wurde, warum so viel deutsche Hilfe nötig sei, ob Bolivien nicht selbst höhere Einkünfte aus Erdgas erzielen könne.

Wir sollten deshalb jetzt keine Vorurteile hervorkramen – schließlich sind weltweit rund 80% der Energie- und Rohstoffunternehmen staatlich. Aber es ist im Interesse Boliviens wenn die Unternehmen bleiben und investieren. Und in diesem Sinn sollte man auf Evo Morales und seine Regierung einwirken.

Das bringt uns zur Reaktion Präsident Lulas - sie wird in Brasilien von Opposition und Medien stark kritisiert...

Petrobras ist wie andere Firmen betroffen – aber Wahrheit ist auch, dass die bisherigen Preise eher zu Ungunsten Boliviens ausgehandelt worden waren. Deshalb setze ich auf Einigung zwischen Bolivien, Brasilien und Argentinien und hoffe, dass es in Lateinamerika insgesamt zu engerer Kooperation im Energiebereich kommt.

Sie sprachen von Brasiliens Rolle bei den Welthandelsverhandlungen, als Sprecher der G-20. Dabei tritt Brasilien einmal als Industrieland auf, einmal als Agrarland, ein anderes Mal als Entwicklungsland – in diesem Dreieck gibt es Reibungen. Wie beur-

teilen Sie Brasiliens Bereitschaft, auf andere Entwicklungsländer einzugehen – Stichwort Afrika?

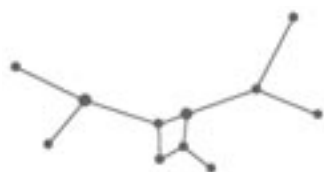
Ich habe den Eindruck, dass bei den Ländern, die wir entwicklungspolitisch Ankerländer nennen, also auch Brasilien, die Tendenz wächst, durch differenzierte Lösungen auch größere Chancen für den Süd-Süd-Handel zu eröffnen – immerhin liegen dort rund 50% des Potentials des Handelsausbaus, der durch Liberalisierung entsteht. Ohne solche differenzierten Lösungen werden wir bei der WTO nicht zu Ergebnissen kommen – und das wäre verhängnisvoll!

Sehen Sie Chancen für einen neuen An Schub für die Verhandlungen EU-Mercosur?

Ich bin der festen Überzeugung – und war es schon immer – das es so etwas wie eine natürliche Partnerschaft zwischen Europa und Lateinamerika gibt: Uns verbinden manche Traditionen, kulturelle Perspektiven, politische Gemeinsamkeiten – vielleicht auch die Erkenntnis, dass manchmal entferntere Freunde gegenüber "ganz nahen Freunden" vorzuziehen sind.

Die Botschaft aus Lateinamerika ist ja: Militärdiktaturen sind überwunden, demokratische Wahlen finden statt, ihre Ergebnisse werden respektiert. Es kommt jetzt darauf an, dass die Menschen aus Demokratie und wirtschaftlichem Wachstum auch für sich persönlich eine Perspektive sehen – für die Überwindung der Ungleichheit und für sozialen Fortschritt. ■

ANZEIGE



PAPOLI -BARAWATI
Anwaltskanzlei

Kompetente Beratung und Projektrealisierung in allen deutsch-brasilianischen Unternehmensprojekten.

Ihre Brücke zwischen Deutschland und Brasilien!

Franz-Lenz-Strasse 4 · D-49084 Osnabrück · Tel: +49-541-3311015 · Fax: +49-541-6854697
parvis@papoli-barawati.com · www.papoli-barawati.com